

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden.  
Saden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto:  
Gedr. Kienhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altkreis.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 980.— M., durch die Post bezogen monatlich 980.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 280.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Original-Remisezeitung 100.— M., die 8spaltige Remisezeitung 400.— M., auswärts 125.— M., Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Frey. Abh. für Briefniederlegung 80 Fr.

Nr. 8

Dresden, Mittwoch den 10. Januar 1923

34. Jahrg.

## Eintägiger Aufschub der Zwangsmaßnahmen

rs. Paris, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Durchführung der französischen Zwangsmaßnahmen hat einen 24stündigen Aufschub erfahren. Als offizieller Grund dafür wird angegeben, daß die französische Regierung der Auffassung sei, der Vormarsch in das Ruhrgebiet dürfe, um allen Rechtsforderungen zu genügen, nicht eher beginnen, als der deutschen Regierung von den französischen Plänen Mitteilung gemacht sei. Die Note Poincarés mit dieser Ankündigung soll heute nach Berlin abgehen und der französische Vormarsch in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag beginnen.

Gleichwohl werden für den Aufschub der Zwangsmaßnahmen allerdings noch andre Gründe angegeben. New York Herald führt die Verzögerung der militärischen Maßnahmen darauf zurück, daß aus Rom noch keine Nachricht eingetroffen sei, ob Mussolini bereit sei, aus der Mitteilung des italienischen Vertreters auf der Pariser Konferenz und in der Reparationskommission die Konsequenzen zu ziehen und sich dem französischen Schritt anzuschließen. Man hält es immerhin für ziemlich sicher, daß Italien zu einer Entsendung von Ingenieuren in das Ruhrgebiet bereit ist oder mindestens seine Zustimmung zu dem belgisch-französischen Vorgehen gibt.

### Der Spruch der Repto

rs. Paris, 9. Januar. Nach einer Meldung von Havas hat die Reparationskommission die Beratung über die deutschen Kohlenlieferungen für das Jahr 1922 beendet. Sir John Bradbury (England) habe vor allem die Gründe auseinandergesetzt, weshalb nach seiner Auffassung kein Anlaß vorliege, eine Verzögerung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen des Jahres 1922 festzustellen. Die Reparationskommission hat dann mit drei gegen eine Stimme (England) die deutschen Verletzungen bei den deutschen Kohlenlieferungen für das Jahr 1922 auf Grund § 17 Annex 2 Abschnitt 3 festgestellt. (§ 17 spricht nur von „Verletzung“, § 18 von „vorsätzlicher“ Verletzung. Red.)

### Befehung von Essen und Wülshelm

Essen, 10. Januar. Die französischen Vorbereitungen zu dem Einmarsch in das Ruhrgebiet sind zum Abschluß gelangt. Die Soldaten der französischen Truppen werden für heute früh 8 Uhr in Essen erwartet, während das Gros im Laufe des Tages folgen wird. Der Befehl an die Truppen lautet auf Befehung von Essen und Wülshelm. Für die Befehung von Bochum und Gelsenkirchen liegen entsprechende Befehle vor, deren Ausführung erst als weiteres Trümmelstück gegenüber der deutschen Regierung gedacht ist.

Essen, 10. Januar. Bis jetzt trafen in den Grenzbezirken 49 Büge mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie ein. Davon waren bis gestern Abend 40 entladen. Heute trafen weitere 24 Büge ein. Die Zahl der Truppen ist auf 40 000 bis 50 000 geschätzt.

Essen, 10. Januar. Das Rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat hat unter Zustimmung der Arbeitgebervertreter seinen Sitz

von Essen nach Hamburg verlegt. Die Verwaltung der Kruppwerke erklärte, daß sie verstanden werde, den ungeforderten Fortgang der Arbeiten in den Werken aufrechtzuerhalten, weil 64 000 Menschen in den Werken ihre Arbeit haben. Der Reichsernährungsminister Dr. Luther nahm Urlaub, um sein früheres Amt als Essener Oberbürgermeister wieder auszuüben.

Essen, 9. Januar. Düsseldorf gleicht einem Heerlager. Eine Reihe von Schulen und Bureauhäusern wurde beschlagnahmt und mit Truppen besetzt. Daneben treffen Truppentransporte aller Waffengattungen ein. Die Kraftwagenbesitzer, denen ein Requisitionsbefehl zugeworfen ist, müssen ihre Wagen mit gefüllten Oelbehältern zur früheren Kaserne der Meer, der jetzigen Napoleonskaserne, bringen. Im Falle der Nichtzuführung der Kraftwagen wird der Besitzer vor das Militärgericht gestellt und sein Wagen kann beschlagnahmt werden. Bis auf weiteren Befehl dürfen keine Kraftwagen ohne einen vom Kommandanten unterzeichneten Geleitschein den Düsseldorf-Brückenkopf verlassen. Weiter ist die Volk-, Fernsprech- und Telegraphenleitung eingeleitet. Störungen im Eisenbahnverkehr sind bis heute Abend nicht zu verzeichnen.

rs. Paris, 10. Januar. (Eig. Drahtm.) Die französische Regierung wird, da sie an dem Plan einer allmählichen Steigerung der gegen Deutschland vorgeesehenen Maßnahmen festhält, die Befehung des neuen deutschen Gebietes zunächst nur mit 7500 Mann vornehmen lassen und ihren weiteren Vorbereitungen auf die Bereitstellung von weiteren Besatzungen. In Düsseldorf sollen 25 000 Mann, in den besetzten Rheinländern 100 000 Mann einquartiert werden, um im Notfall für die weitere Durchführung der französischen Pläne sofort herangezogen werden zu können.

### Amtliche Anzeige des Vormarsches

Dresden, 9. Januar. Der französische Botschafter legte heute Abend die deutsche Regierung von den französischen Operationsplänen im Ruhrgebiet in Kenntnis.

### Um das Stundungsgesuch

rs. Paris, 10. Januar. (Eig. Drahtm.) Die Entscheidung über das deutsche Stundungsgesuch wird an die Reparationskommission am Freitag getroffen werden. Der englische Delegierte, Sir John Bradbury, wird an der Beratung dieser Frage voraussichtlich nicht teilnehmen. Er ist gekranket, indem die deutsche Verletzung in der Kohlenfrage festgestellt war, nach London abgereist und dürfte in den nächsten Tagen nicht zurückkehren. Man stimmt an, daß die Reparationskommission formell das Moratorium für Deutschland bewilligen wird, aber unter Bedingungen und Forderungen, die dem französischen Vorschlag auf der Konferenz der Ministerpräsidenten entsprechen. Im einzelnen stehen diese Bedingungen noch nicht fest. Sie dürften erst in Verhandlungen zwischen Paris, Rom und Brüssel aufgestellt werden. (Weitere Meldungen siehe 2. Seite.)

## Eine Dreimilliarden-Anleihe

Nach dem Verkauf der Eisenbahn an das Reich war der sächsische Staat fast völlig schuldenfrei geworden. Sachsen hätte auch zur Erfüllung seiner reinen Verwaltungsverpflichtungen erheblich neue Schulden nicht aufnehmen brauchen, aber die sächsischen Regierungen der letzten Jahre haben es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, die Produktionsfähigkeiten, die sich im Besitz des Staates befanden, zu vervollständigen und zu erweitern. Verfügt doch der sächsische Staat insbesondere über erhebliche Teile der Kohlen und der Elektrizitätserzeugung des Landes. Seit 1920 sind bereits 24 Milliarden Mark in die staatlichen Werke hineingesteckt worden, ein Betrag, der in der Hauptsache durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzanweisungen aufgebracht wurde. Es war ursprünglich geplant, den weiteren Ausbau der Werke auch im Zukunft mit Mitteln durchzuführen, die durch die weitere Vergebung von Schatzanweisungen und aus den Erträgen der Werke selbst dem Staate zufließen. Die rasche Entwertung des Geldes machte die Durchführung dieses Planes unmöglich. Die Vollendung der im Ausschluß begriffenen Werke erfordert jetzt so viel Milliarden als früher Millionen, gleichwohl muß das begonnene Werk weiter fortgeführt werden, denn es würde sonst das bisher angelegte Kapital zum großen Teil verloren sein.

Der Hauptteil des Geldbedarfs fällt auf die Braunkohlenwerke und das Elektrizitätsunternehmen. In dem bereits im Betrieb befindlichen Kohlenbergwerk in Hirschfelde soll die Kohlenförderung, die sich 1921 auf rund 1 Million Tonnen stellte, 1923 auf 2 Millionen Tonnen gesteigert werden, während in Böhlen, wo die Braunkohlearbeiten so weit fortgeschritten sind, daß im Jahre 1923 mit der Förderung begonnen werden kann, mit der Zeit eine Jahresförderung von 5 Millionen Tonnen zu erwarten ist. In Böhlen ist der Bau einer Zwickfabrik mit zunächst 30 Pressen geplant. Das bereits in Betrieb befindliche Kraftwerk Hirschfelde soll nach und nach zu einer Leistung von 85 500 Kilowatt ausgebaut werden. Zur Vermeidung des ständig wachsenden Strombedarfs und zur Sicherung der Versorgung ist die Errichtung eines zweiten Großkraftwerks in Böhlen in Aussicht genommen,

das zusammen mit Hirschfelde und dem Reichskraftwerk Lomitz eine Leistung von 160 000 Kilowatt hervorbringen wird.

Es wäre in der jetzigen Zeit nicht zu verantworten, wenn man 5-6 Millionen Tonnen Kohle, die bei einem weiteren Ausbau der staatlichen Werke jährlich gefördert werden könnten, in der Erde liegen ließe. Das Reich nimmt jetzt weniger an Reichseinkommensteuer ein, als untre Volkswirtschaft für englische Kohle ausgeben muß. Durch den weiteren Aufschub der staatlichen Werke würde erreicht werden, daß die deutsche Volkswirtschaft unabhängiger vom Ausland würde als bisher.

Aus diesen Gründen verlangt die Regierung die Ermächtigung zur Ausgabe einer festen Anleihe im Betrage von 3 Milliarden Mark. Die Bedingungen, unter denen die Anleihe auszugeben werden soll, sollen nicht festgelegt werden. Das Finanzministerium möchte in dieser Beziehung freie Hand haben, um alle sich etwa bietenden Vorteile auszunutzen zu können. Es soll vor allem dafür Sorge getroffen werden, daß die Anleihe erforderlichenfalls zurückgezahlt werden kann, wenn der Wert der Papiermark steigt, der Zinssatz sinkt und eine dauernde Befestigung zum Nachteil des Landes ausbleiben würde. Auch will die Regierung es sich vorbehalten, die Anleihe evtl. auf ausländische Währung oder auf Sachwerte zu stellen, wie das bei den bisher schon ausgegebenen Roggen- und Kohlenanleihen geschehen ist. Ein weiteres Sinken der Mark müßte allerdings zur Folge haben, daß für Zinsen und Rückzahlung wachsende Papiermarksummen zu zahlen sind. Dafür würden aber auch die Preise der Erzeugnisse der staatlichen Werke steigen.

Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß der Landtag der Regierung die gewünschte Ermächtigung zur Ausgabe der Drei-Milliarden-Anleihe geben wird, kann doch niemand behaupten, daß der sächsische Staat etwa eine unverantwortliche Schuldenwirtschaft betreibt. Die Summen, die aus den Anleihen fließen, sollen doch dazu verwendet werden, um Anlagen zu schaffen, die nicht nur für den sächsischen Staat und die sächsische Bevölkerung, sondern auch für das ganze deutsche Volk von großer Bedeutung sein werden.

## Die Schande der Frommen

Bei den Herren von unserer Landeskirche herrscht Heule und Jähnelkappen. Der Kirche ist das Geld ausgegangen, und sie getert und klagt darüber, daß ihr der Staat nicht die Hilfe gewährt, die sie früher von ihm erhalten hat. Ist doch die Kirche in Deutschland seit Jahrhunderten gewöhnt, daß der Staat, der in den kirchlichen Einrichtungen ein seiner wichtigsten Herrschaftsmittel sah, sie in reichlichem Maße unterstützte. In sächsischen Blättern veröffentlichte vor einiger Zeit der Konsistorialrat und Superintendent Böhmig einen Aufruf, in dem es heißt: „Rettet die Kirche, sie steht vor dem Zusammenbruch.“ Mit diesem Aufruf hat die Kirche beschäftigt sich Egon Welf, Dresden, im Leipziger Tageblatt, wobei er eine scharfe Kritik an der Kirche von heute übt. Was der Konsistorialrat über die Not der Kirche sagt, sei keineswegs übertrieben, aber es sei zu verstehen, wenn heute Staaten, die sich in erster Linie der Armen und Unbemittelten annehmen wollten, nichts übrig hätten für die Kirche, die das zwar ähnlich lautende, aber wenig geachtete Vermächtnis ihres Begründers verwalte. Hier rief ich alle Schuld. Welf schreibt:

Ein padendes Kulturbild malt der Oberkonsistorialrat. In hunderttausend Pfarrhäuser fällt ein Monatsgehalt von nicht ganz 10 000 M. — im Braunschweigischen sind es sogar nur 5000 M. —, und viele Geistliche sind gezwungen, wochentags in die Fabrik in die Glasfabrik, in den Schacht zu gehen und für ihre Familien zu arbeiten. Handen und finden sie Arbeit, bringt das, was sie tun, keine Schande, vor allen Dingen nicht für den arbeitenden Geistlichen; und nicht für die Kirche, die solche Dienste hat, die wochentags schwer handarbeiten und Sonntags von der Gänge die christliche Liebe predigen. Es sind das wertvolle Eigenschaften, und respektvoll reicht der materialistische Arbeiter dem geistlichen Kollegen die Hand. Christentum ist das, was ein Christenium, denn es führt zurück auf die Urbestimmung des Priesters: Mitemensch zu sein, Mitarbeiter, die Räte der Welt, die Sorge um das Leben der Familie, die Last der Arbeit der Armen und Unbemittelten kennen zu lernen und die Seufzenden aufzurichten. Aufrichten aber kann sie nur der Kommerz, nicht der Beamte.

Wenn der Konsistorialrat, so führt Welf weiter aus, den Eindruck erwecken wollte, daß solche Zustände der christlichen Kirche nicht würdig seien und der Staat die Schuld daran trüge, so irrt er. In den letzten Jahrzehnten sei die Kirche ein Instrument des Staates gewesen und hätte in ihren Diensten Beamte des feudalen Obrigkeitsstaates erblickt. Sie sei daneben noch die seelische Versorgung der Wohlhabenden gewesen und fühle sich so wohl dabei, daß sie jeden ihrer Diener maßregelte, der keine Aufgabe im Mitleiden und Mithellen mit dem Armen und Schwachen und Elenden sah. Die Kirche trug kein Verlangen, das Brot und das Geld des Volkes zu teilen. Sie fühlte sich wohl in der Gesellschaft der Wohlhabenden. Heute würde der Ruf der Kirche ungehört verhallen, denn die Wohlhabenden brauchen die Kirche gar nicht, der Staat brauche heute die Kirche auch nicht und die Unbemittelten wollen sie nicht. Die Kirche, wie sie heute ist, sei eine veraltete, fundamentlose Einrichtung eines vergangenen Staatswesens. Gingen alle diejenigen fort, die der Kirche innerlich entfremdet seien oder ihr in der jetzigen Gestalt feindselig gegenüberstehen, so wäre der sofortige Zusammenbruch da. Dann fährt Welf fort:

Der Oberkonsistorialrat wird jetzt, und das ist der padendste an ihm, aber auch wie wenig wertvoll der kirchliche Glaube derjenigen ist, die ihr heute noch anhängen und auf die die Kirche baut. Sein Aufruf, bedehmt mit Weihnachtsworten, freiwillige Spenden zu bringen, wo doch ungeheure Summen verbrennt, ausgegeben und für andre wohlthätige Zwecke gestiftet würden, ist wirkungslos verhallt. Der Versuch, in der Epistel Dresden I die Gemeinden zu einem Verband zusammenzuschließen, damit die Kirchenstätten nach der Tragfähigkeit der Gemeinden verteilt werden können, ist daran gescheitert, daß sich die vier Gemeinden, in denen die wohlhabenden Leute wohnen, gemweigert haben, dem Verband beizutreten. Den Versuch, gegen Sicherheitsleistung durch Kirchengüter ein Darlehen von mehreren Millionen zu erhalten, muß die Kirche mit 14 Prozent Zinsen bezahlen! So äußert sich der kirchliche Glaube der Leute, die mit schweigendem Jähnel in die Kirche gehen, der Leute, die bis und für deren Staat die Kirche jahrhundertlang da war.

Dieselben Leute, die auch heute noch die Kirche als politisches Kampf- und Machtmittel benutzen möchten, die Wahl-schlagblätter schreiben lassen, in denen immer wieder dem Volk die Lüge ausgebreitet wird die Sozialdemokratie sei religionsfeindlich. Können sich nicht dazu aufschwingen, gebürd in die Lasse zu greifen, um die Kirche und ihre Angestellten vor der bittersten Not zu schützen. Auch unster Partei wird es schwer, in dieser Zeit der Not die Mittel aufzubringen, die sie braucht, um ihren Kampf zu führen. Im Herbst vorigen Jahres aber haben wir unsere Anhänger dazu aufgerufen, den Ertrag einer Stunde Arbeitszeit für die Partei zu opfern, und unsere Genossen, die mit wenig Ausnahmen nur über ein färgliches Einkommen verfügen, sind diesem Ruf gefolgt. Nun wofür, warum opfern die christlichen Kommerzianten, Rittergutsbesitzer, Fabrikbesitzer usw. von denen sicherlich viele für August, Land und Berganügen Hunderttausende ausgeben, nicht auch den Gewinn einer Stunde für ihre Kirche? Wenn jeder, der sich als treuer Anhänger der Kirche aufstellt, auch nur ein beidesenes Opfer brächte, so müßte es ein leichtes sein, große Summen zusammenzubringen.

Die Herren, die heute in der Deffentlichkeit über die Not der Kirche jammern, müßten sich schämen, mit ihren Klagen an die Deffentlichkeit zu treten. Beweisen sie doch